

**Archiv**

Verband der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn

**SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST**

1.3.1116 563

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/53

Bonn, den 12. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Der bayerische Akzent</u>	89
	Von Waldemar von Knoeringer Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft	
2 - 3	<u>Vom Presse- zum Mißbrauchsamt</u>	84
	Steuergelder für Kanzlerpropaganda Von Franz Barsig	
4	<u>Keine Furcht vor dem Alter</u>	35
	Hessen fördert Aus- und Fortbildungslehrgänge für Altenpflegerinnen	
5 - 6	<u>In Griechenland geht es um die Erhaltung der Demokratie</u>	92
	Hellas will ein moderner Staat werden Von Dr. Basil Mathiopoulos	

+ + +

## Der bayerische Akzent

Von Waldemar von Knoeringen

Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

Wenn es noch eines Anstoßes bedürfte, einen Sozialdemokraten in Bayern optimistisch zu stimmen, dann ist es Niederbayern. Was ich bisher auf meinen Fahrten durchs Land erlebt habe, macht mir deutlich, daß das Land, daß die Dörfer in einem in die Tiefe gehenden Prozess der Unschichtung begriffen sind. Versammlungen auf kleinsten Orten, wo sich früher kein Mensch in eine sozialdemokratische Veranstaltung wagte, sind heute mit Bauern gefüllt. Das offene "Gespräch mit jedermann", das wir in den letzten Monaten hundertfach im kleinsten Kreis auf dem Land geführt haben, ist immer ein Gewinn für alle Beteiligten. So sachlich, so offen, so interessant gab es bisher keine Gespräche von Bauern und Sozialdemokraten. Und in den großen Bierzelten der Sommerfeste hat die Sozialdemokratie Tausende von Zuhörern.

Die CSU ist unruhig geworden. Sozialdemokratische Bürgermeister in Plattling, in Wilsbiburg, in Vilshofen, in Pfarrkirchen, in Eggenfelden, in Landshut, in Regensburg und vielen anderen Orten bekunden, daß es vorbei ist mit der "CSU-Hochburg Niederbayern". Es wäre gut, wenn auch die öffentliche Meinung in Deutschland davon Notiz nehmen würde. Wir bayerischen Sozialdemokraten jedenfalls nehmen Notiz. Wir spüren, daß sich "etwas tut" und daß wir heraus sind aus dem Turm der 30 Prozent.

Darum erhält auch der Bundestagswahlkampf in Bayern einen besonderen bayerischen Akzent. In Bayern kämpft die Sozialdemokratie unter Bedingungen, wie sie in keinem anderen Bundesland anzutreffen sind. Die CSU ist unser Gegner. Sie ist Landes- und Bundespartei zugleich. Jedenfalls versucht sie, diese Doppelrolle zu spielen:

- \* Bei der Nominierung von Ministern tritt sie der CDU
- \* als selbständige Koalitionspartei gegenüber.
- \*
- \* Im Bundestag ist sie in die CDU integriert, weil sonst
- \* die SPD stärkste Partei des Bundestags wäre.
- \*
- \* Bei der Zuteilung von Bundesmitteln erscheint die CSU
- \* wieder als vierte Bundespartei.

Die CSU sagt uns, daß sie als "eigenständige bayerische Partei" auch im Bundestag besonders viel für Bayern erreichen könne. In Wahrheit hatte Bayern sehr wenig von den CSU-Ministern. Einmal in Bonn, vergessen sie nur allzu schnell, was sie einst beklagt haben. Das zwiespältige Herz der CSU hindert sie, eine klare politische Konzeption zu entwickeln. Die Extratouren ihres Vorsitzenden beweisen das deutlich genug.

Die Sozialdemokratie in Bayern ist weit mehr als die 1946 gegründete CSU mit der Geschichte dieses Landes verbunden. Seit ihre ersten fünf Abgeordneten unter der Führung Georg von Vollmar's 1893 in den Bayerischen Landtag einzogen, war sie das freiheitliche Gewie-

sen Bayerns. Sie hat den sozialen Geist der bayerischen Verfassung wesentlich mitbestimmt.

In der Auseinandersetzung zur Neuwahl des Deutschen Bundestags wird daher der bayerische Akzent vierfach zur Geltung kommen:

- \* 1. Aufgabe des Landes Bayern im Rahmen des Bundes ist es, einer "neuen Konzeption des Föderalismus" zum Durchbruch zu verhelfen. Frei von erstarrten Formeln wollen wir erreichen, daß alle Länder die ihnen zukommende Eigenverantwortung als Dienst am Ganzen verstehen und entsprechend handeln.
- \* 2. Bayern ist Grenzland zum kommunistischen Osten und Brückenpfeiler zugleich. Daraus erwächst eine gesamtdeutsche und europäische Aufgabe. Für den Ausbau des Handels, für die Verbesserung des Reiseverkehrs und für die internationalen Verbindungswege zwischen West und Ost muß die bayerische Politik neue Initiativen entwickeln.
- \* 3. Der Strukturwandel in unserer Gesellschaft bringt für Bayern besondere Probleme mit sich. Raumordnung und Landesplanung sind die neuen Instrumente einer modernen Politik. Für Bayern sind sie mehr als für jedes andere Land eine Lebensfrage.
- \* 4. Die innerbayerische Auseinandersetzung mit der CSU findet weit über Bayern hinaus nicht nur Interesse, sondern hat bundespolitische Bedeutung.

Das bedeutet für die Sozialdemokratie in Bayern eine besondere Verantwortung. Bayerns Sozialdemokraten sind ein Teil der Deutschen Sozialdemokratie. Diese große Partei mit ihren jetzt 750 000 Mitgliedern hat im März 1965 verbindlich zur bayerischen Politik ausgesagt:

- \* "... Bayern hat eine besondere Aufgabe für die Bundesrepublik Deutschland zu erfüllen. Es darf dabei nicht allein gelassen werden...."
- \* "... Wir wollen das neue Bayern schaffen, ohne das Bayern der Vergangenheit zu zerstören..."
- \* "... Die Sozialdemokraten Bayerns können bei der Bewältigung ihrer besonderen Aufgaben mit der vollen Unterstützung der ganzen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands rechnen."

Diese Erklärung zeigt deutlich, daß die Bayerischen Sozialdemokraten mit dem Gewicht der ganzen Deutschen Sozialdemokratie handeln. Der "bayerische Akzent" verbindet sich harmonisch mit der nationalen Politik.

Vom Presse- zum Mißbrauchsamt

Steuergelder für Kanzlerpropaganda

Von Franz Barsig

Die Sozialdemokratische Partei hat in letzter Zeit häufig das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung angreifen müssen, weil dieses Amt in den letzten Monaten alles in Schatten stellt, was früher auf dem Gebiete der Verwendung staatlicher Mittel und staatlichen Bediensteter für CDU-Zwecke in der Vergangenheit geschehen ist.

In Zukunft wird man allerdings präziser sagen müssen, w e r mit diesen Angriffen gemeint ist, denn die große Mehrheit pflicht-treuer Beamten und Angestellten dieses Amtes sind entsetzt darüber, was für Mißbrauch mit dem Amt und auch mit ihnen selbst getrieben wird. Sie sind vor allem entsetzt über die Leichtfertigkeit der Argumentation der CDU-Propagandisten in diesem Amt, die auf besorgte Fragen so argumentieren: Übernimmt die Sozialdemokratische Partei nach dem 19. September die Regierung, dann schadet es überhaupt nicht, was wir getan haben, im Gegenteil, wir erschweren ihr den Start, denn die Kassen werden leer sein. Tritt jedoch der Fall ein, daß wir es noch einmal schaffen, dann werden wir eben für den Rest des Haushaltsjahres 1965 einen Nachtrag einreichen und der wird uns darn schon bewilligt werden.

Sogar das Porto bezahlt der Steuerzahler

Nach dieser Maxime der Leichtfertigkeit, die gleichzeitig Angst vor dem Wahltag und Ausdruck der sich immer mehr verbreiteten Stimmung "Nach uns die Sintflut" ist, verfährt man. Das jüngste Beispiel der Zweckentfremdung von staatlichen Mitteln sieht so aus: Das Presse- und Informationsamt verschickt an die Zeitungen, in denen der CDU-Bewerber um das Kanzleramt mit seinem Wahl-Sonderzug in den nächsten Tagen eintreffen wird, Propagandamaterial. Der Briefumschlag ist a m t l i c h und das Porto wird aus S t e u e r m i t t e l n bezahlt.

Der Versender dieses Materials ohne amtlichen Briefkopf aber ist ein Hans Klein. Angegebene Adresse: Bonn, Bundeskanzleramt. Herr Klein gehört zum sogenannten "Propagandastab Hohmann" und ist unseres Wissens für die Zeit des Wahlkampfes aus dem auswärtigen Dienst beurlaubt worden. Der übrige Inhalt des Briefes - Erhard-Propaganda-Fotos und Schulzenmaterial über den Arbeitstag des Bundeskanzlers und den Menschen Ludwig Erhard - ist wieder amtlich, denn er wird von der Bundesbildstelle und dem Bundespresseamt geliefert. In der Sendung befinden sich weitere Materialien, die von "Das Zeitbild" stammen, das wiederum im Auftrage des Presse- und Informationsamtes arbeitet.

So werden also amtliche Stellen und Wahlkampfstellen miteinander verwickelt, so daß nur noch der Eingeweihte erkennen kann, was hier eigentlich gespielt wird. - Wohlgemerkt, wir wenden uns gegen die Methode, die, wie es der stellvertretende SPD-Vorsitzen-

de Herbert Wehner kürzlich formuliert hat, bis an den juristischen Begriff der Vertretung heranreicht.

Er nimmt sogar an Bundestagsitzungen teil...

Der Inhalt dieser Propagandasendungen ist so dürftig, daß kaum eine Zeitung angereizt wird, ihn abzudrucken. Aus dem Material erfährt man beispielsweise, daß Ludwig Erhard zwar nicht sehr schnell, aber dafür sehr genau lesen kann, daß er permanent politische Entscheidungen trifft - ausgerechnet er, der sich nie entscheiden kann -, daß er in den Nachtstunden politische Aussagen konzipiert und - man höre und staune - an den Plenarsitzungen des Parlaments teilnimmt. Ein aufsehenerregender Vorgang!

Die Materialien sind im übrigen nicht auf dem neuesten Stand, denn es wird tief bedauert, daß Ludwig Erhard aus Zeitmangel immer seltener Freundeskreise von Literaten zu sich einladen kann. Um welche "Kreise" es sich da handelt, kann man nur fragen, nachdem er sie erst kürzlich als Bananen und Nichtskönner abqualifiziert hat?

Und wie während zu lesen, daß der gegenwärtige Bundeskanzler seit Jahren ein freies Wochenende nicht kennt. Dabei war er seit seiner Amtsübernahme 111 Tage im Urlaub! So schlimm kann das also mit der Arbeitsüberlastung nicht sein.

...und hat Klavierspielen gelernt!

Der Clou dieses Schnulzenmaterials ist die Feststellung, die man wörtlich zitieren muß, damit sie wirkt:

- \* "Als Realschüler in Fürth hatte er Klavierspielen gelernt.
- \* Obwohl ihm die Musik immer viel Freude gemacht hat, erkannte er, daß seine größte Begabung woanders lag."

Erhard als veränderter Berufsmusiker! Gibt es noch irgendeine Bevölkerungsgruppe, von den Fußballern bis zu den Kleintierzüchtern, zu der Erhard nicht besonders tiefe Bindung hat?

Aber trösten wir uns mit der Feststellung des Presse- und Informationsamtes, daß Erhard aus der Nähe auch gar nicht so korpulent wirkt, dieser Eindruck vielmehr durch Wangen und Kinnpartie entsteht.

### Die Verantwortlichen

Diesen ganzen Stoß führen wir hier nur an, um zu zeigen, wie man Steuermittel zum Fenster hinauswerfen kann, selbst wenn man sich im Sinne seines Auftraggebers bemüht. Entscheidend ist für uns das Verfahren, das man anwendet, nämlich bedenkenlos staatliche Mittel für Wahlkampfzwecke zu verwenden. Die Verantwortlichen dafür sind der Leiter des Amtes, Herr von H a s e und sein Stellvertreter, Ministerialdirektor K r ü g e r. Sie werden sich zu verantworten haben und nicht die Beamten und Angestellten, die heute nach ihren Weisungen arbeiten müssen und die von Tag zu Tag bedrückter werden, weil sie sehen, wie man ihr Amt mißbraucht.

### Keine Furcht vor dem Alter

---

Hessen fördert Aus- und Fortbildungslehrgänge für Altenpflegerinnen

sp - In den letzten fünf Jahren wurden mit Hilfe des "Hessischen Sozialplans für alte Menschen" zu den vorhandenen 15.000 Altenheimplätzen nahezu 10.000 neue Plätze geschaffen. Mit diesen Mehr an Heimplätzen ist aber auch der Bedarf an Pflegekräften gestiegen, denn eine gesicherte Betreuung der Heimbewohner muß jederzeit gewährleistet sein.

Man muß nicht erst in ein Altenheim gehen, um zu erfahren, wie dankbar alte Menschen für eine kleine Hilfeleistung sind. Das kann man täglich auf der Straße sehen, beim Kaufmann oder im Autobus. Wer als alter Mensch das Glück hat, noch in vollem Umfang von seinen Familienmitgliedern oder von Freunden umsorgt zu werden, kann zufrieden sein. Aber es gibt viele betagte Mitbürger, für die es nur in einem Altenheim einen gesicherten Lebensabend gibt.

Die Frauen und Männer, die sich als Altenpflegerinnen und -pfleger einsetzen, wissen um die Dankbarkeit alter und häufig hilfloser Menschen. Es ist wichtig, junge Menschen, die sich für einen Pflegeberuf interessieren, darauf hinzuweisen, daß es für den Beruf der Altenpflegerin eine ordentliche Ausbildung gibt.

In zunehmendem Maße folgen nämlich karitative Organisationen und behördliche Institutionen der Anregung des hessischen Sozialministers Heinrich Heimsath, Haus- und Altenpflegerinnen in Lehrgängen auszubilden. Es geht dabei nicht nur um die Pflege von Heimbewohnern, sondern auch um die Betreuung derjenigen älteren Leute, die nicht in einem Heim wohnen und für sich so bleiben wünschen.

Staatsminister Heinrich Heimsath begrüßte die Aufgeschlossenheit der Verbände und sagte, daß er auch in diesem Jahr im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Mittel die Aus- und Fortbildung von Haus- und Altenpflegerinnen im Interesse der betagten Mitbürger tatkräftig fördern werde. Für die Durchführung von Lehrgängen hat der Minister im Frühjahr des Jahres bereits Landeszuschüsse in Höhe von rund 62.000 Mark zur Verfügung gestellt.

Selbstverständlich bedarf gerade diese Aktion, die zur Erfüllung der großen Gemeinschaftsaufgabe "Keine Furcht vor dem Alter" unbedingt notwendig ist, der Unterstützung der ganzen Öffentlichkeit, vor allem auch von Presse, Funk und Fernsehen. Es gilt, besonders bei den Frauen das Interesse für diese tätige Nächstenliebe zu wecken.

In Griechenland geht es um die Erhaltung der Demokratie

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Nach 30-tägigen Experimenten zeigt die politische Bühne Griechenlands wieder das Ausgangsbild, das Bild des 15. Juli, des Tages also, an dem Papandreu sich zum Rücktritt gezwungen sah. Im Laufe dieser spannenden Tage, die die Weltpresse als eine große Krise bezeichnet hatte, zeigte sich wieder, daß man die Souveränität des Volkes nicht übergehen kann. Diese Volkssouveränität, die die Neugriechen schon in den Verfassungen während der Zeit der Freiheitskämpfe, in den Jahren 1822 bis 1827 verankert haben, hat im Laufe der Jahrzehnte mehrmals gelitten und ist während bestimmter Zeitabschnitte völlig unterdrückt worden. In der neuesten Zeit wurde sie durch die Wahlfälschungen des Jahres 1961 verletzt, die aber schließlich nach einem unerbittlichen Kampf Georg Papandreus zu dem Wahlsieg der demokratischen Mitte im Jahre 1964 führten.

Derselbe Staatsmann nahm mit erstaunlicher Energie trotz seines Alters - er ist 76 Jahre alt - das Schicksal der Demokratie und damit der breitesten Schichten der Bevölkerung in seine Hände. In Athen hört man dieser Tage die Parole: "Jeder ist nun gegen Papandreu - außer dem Volk." In einer seiner Ansprachen an die Athener Bevölkerung versicherte Papandreu: "Wir befinden uns in einer historischen Periode demokratischer Kämpfe. Eines kann ich Euch zusagen, daß nur einer in diesem Land souverän ist, das Volk, und es wird letztlich seinen Willen durchsetzen. Die Demokratie wird siegen."

Für den ausländischen objektiven Beobachter der Geschehnisse in Griechenland mag es erstaunlich sein, daß im ganzen Lande die Jugend, die Bauern und die werktätigen Schichten scheinbar über Nacht in Bewegung geraten sind, ohne vorherige Organisation, spontan und von dem selben Wunsch beseelt, die demokratischen Institutionen und die Ordnung des Rechtsstaates zu verteidigen.

30 Jahre lang hatte in Griechenland die Rechte das Land unter verschiedenen Regierungsformen beherrscht. Griechenland wurde von der Diktatur im Jahre 1936, dem Krieg, der Besetzung und dem dreijährigen schrecklichen kommunistischen Aufstand nach dem Zweiten Weltkrieg (1945 bis 1949) in seinen Grundfesten erschüttert. Das Volk war berufen, seine Traditionen der Freiheit und der Demokratie, deren Wiege einst im 5. Jahrhundert im klassischen Athener Stadtstaat gestanden hatte, zu retten. Einmal im Jahre 1940, als es die faschistischen Legionen Mussolinis in Albanien niederschlug - trotz der enormen zahlenmäßigen Überlegenheit der gegnerischen Kräfte, ein anderes Mal, als es 1946 die kommunistische Expansion erfolgreich an den Grenzen Griechenlands stoppte.

Der blutige Kampf und die vielen für die demokratischen Ideale Gefallenen beraubten die Nation eines großen Teiles ihrer besten Kräfte. Die Überlebenden jedoch haben die sich aus den gewaltigen

Opfern ergebenden Lehren und Erkenntnisse entsprechend gezogen und sind nicht bereit, die lebendigen Ideale der Freiheit und der Demokratie preiszugeben. Besonders heute nicht, da das griechische Volk mit der Regierung Papandreu einen Rechtsstaat erlebt hat, wie es seit den Zeiten des großen Venizelos seinesgleichen gesucht hat. Die weitgehenden sozialen Reformen der Regierung der Zentrumsunion auf dem Gebiet der Erziehung und der Agrarpolitik haben dem griechischen Volk gezeigt, daß auch in Griechenland - wenn das Sozialprodukt gerecht verteilt wird - für die untersten Bevölkerungsschichten ein Lebensstandard erreicht werden kann, der dem der westlichen Länder nahekommt.

Während seiner eineinhalbjährigen Regierungszeit erreichte Papandreu mit einer Intensivierung des Wirtschaftslebens (das Brutto-sozialprodukt nahm in dieser Zeit um 8 Prozent zu) die Stabilität der Währung, die Erhöhung der Löhne und Gehälter bei gleichzeitiger Konstanz der Preise. Die Kräfte der Minderheit, die von Anfang an seine Regierung durch Kapitalflucht ins Ausland und heftige Pressekampagnen zur Zeit der Zypernkrise unterminierten, haben Papandreu schließlich zum Rücktritt gezwungen. Sie geben sich damit aber derselben Illusion hin wie jener Kranke, der das Thermometer zerbricht, um so das Fieber zu "heilen".

Die Regierung Novas hat sich nicht als Alternative erwiesen. Der Versuch, mit dem zweiten Mann der Zentrumsunion, Stefanopoulos, ist an dem Widerstand der Fraktion gescheitert. Die Dinge liegen im Grunde sehr einfach: Komplikationen können aber keine Lösung der Krise herbeiführen. Papandreu ist nach wie vor Führer der stärksten, fest hinter ihm stehenden, Partei im Parlament, so daß ohne deren Zustimmung keine Regierung lebensfähig sein kann. Die derzeitige Vouli - das griechische Parlament - kann nur noch eine Regierung unterstützen, die des Papandreu. Andere Versuche haben keine Aussicht auf Erfolg. Die Alternative wären Wahlen.

Auch alle Übergangslösungen werden letztlich zu Neuwahlen führen, bei denen Papandreu, nach Meinung objektiver Beobachter in Athen, eine größere Mehrheit erringen wird als im Februar 1964. Dies haben die Abgeordneten der Zentrumsunion bei den Besuchen ihrer ländlichen Wahlkreise nach Ausbruch der Krise auch erkannt; und nur so ist ihre feste Haltung zu dem Parteiführer zu interpretieren.

Bemerkenswert ist, daß sich die westlichen Alliierten nicht eingemischt haben, da sie erkannten, daß es sich bei der Krise um eine ausgesprochene innenpolitische Angelegenheit handelt, nämlich um die Frage, ob in Griechenland die Regierung in Zukunft die volle Exekutive ausüben kann. Im Übrigen haben die Alliierten auch Papandreus klare pro-westliche Linie erkannt, wie sie unter anderem seiner Haltung gegenüber der Einladung des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin zu entnehmen ist, im Gegensatz zu der sofortigen Bereitschaft des türkischen Ministerpräsidenten Urgüplü, der am Montag nach Moskau abgereist ist.